

1 Jahr NRW-Koalition - Raphael Tigges MdL **Jahresbilanz für den Kreis Gütersloh**

Wissenschaft und Hochschulen

Drei Millionen Euro für Hochschule OWL Lemgo am Standort Höxter zur Einrichtung der Studiengänge „Precision Farming“ und „Digitales Freiraummanagement“ geben weitere Schubkraft für die Region OWL

Eine Millionen zusätzlich für die FH in Gütersloh um Planungssicherheit für die Zukunftsfähigkeit des FH-Studienortes Gütersloh der FH Bielefeld zu schaffen

50 Millionen € für die medizinische Fakultät an der Universität Bielefeld für die die CDU, die Ärztekammer Westfalen-Lippe und die Bielefelder Universität seit Jahren kämpfen. Ziel ist es vor allem für mehr Ärzte im ländlichen Raum Ostwestfalen-Lippe sorgen, um auch dem Hausärztemangel hier zu entgegnen.

Für 2018 stehen zunächst 4,5 Millionen Euro bereit. Dieser Betrag soll bis zum Haushaltsjahr 2021 auf dann 45 Millionen Euro anwachsen.

Zum Wintersemester 2021/22 soll es möglich sein, in Bielefeld Medizin zu studieren:

***Es kommt ein neues Hochschulgesetz** mit dem Leitgedanken „Vertrauen in unsere Hochschulen stärken–Hochschulfreiheit wiederherstellen!“ und wird zum bewährten Modell der Hochschulfreiheit zurückkehren.*

Durch eine Weiterentwicklung des Gesetzes werden wir die unnötigen Detailregulierungen zurücknehmen und konkret bevormundende und bürokratische Gesetze, allen voran der Hochschulentwicklungsplan, streichen. Auch das Durchgriffsrecht des Landes fällt weg.

Schule und Bildung

Über 6 Millionen für die Modernisierung und Sanierung unserer Schulen im Kreis Gütersloh hat die NRW-Landesregierung beim Bund ausverhandelt, um die Modernisierung, den Umbau und auch Erweiterungen unserer Schulen endlich zügig angehen zu können.

*Wir haben bereits einen **Gesetzentwurf zur Rückkehr zu G9 ins Parlament eingebracht**, der die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren nicht zu Lasten anderer Schulformen ermöglicht.*

Das Land wird als Partner der Kommunen die Kosten für zusätzliche Räume in Gymnasien übernehmen. Das Gesetz soll möglichst noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

1 Jahr NRW-Koalition - Raphael Tigges MdL

Jahresbilanz für den Kreis Gütersloh

Kommunalfinanzen

Erhöhten Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz sind durch die positive Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes möglich und verbessern die finanzielle Situation vieler Städte und Kreise.

Harsewinkel	über 2,5 Mio. Euro
Herzebrock-Clarholz	Über 1,5 Mio. Euro
Gütersloh	Über 8,3 Mio. Euro
Kreis Gütersloh	Über 20,6 Mio. Euro

Durch die Abschaffung des sog. „Kommunalsoli“, eine gerechte Kostenteilung beim Unterhaltsvorschuss und Absenkung des Vorweg-Abzugs über das Trägerrettungsprogramm für Kindertageseinrichtungen tragen wir unterstützend zu einer Gesamtverbesserung der kommunalen Finanzsituation bei.

Verkehrsprojekte

NRW-Verkehrsminister zu Besuch – Baubeginn L 787 noch 2018: Die L 787 – Spexarder Str. am Knotenpunkt Am Hüttenbrink/Spexarder Str. in Verl ist in den letzten Jahren als Unfallhäufungsstelle auffällig geworden. Problematisch ist die Radwegführung, welche mit der geplanten Änderung verkehrssicherer gestaltet werden soll. Von der Sundernstraße auf Gütersloher Gebiet bis zur Isselhorster Straße auf Verler Seite wird die Fahrbahndecke saniert und in diesem Zusammenhang auch der Knotenpunkt Spexarder Straße/ Am Hüttenbrink ausgebaut. Dafür stehen nun insgesamt Mittel von 450 Tausend Euro zur Verfügung.

Gleiches gilt für die **L788/ Avenwedder Straße** in Gütersloh von der Herz-Jesu Kirche bis zum Kreisverkehr Gehle-Kreuzung. Hier stehen für die Sanierung jetzt 200 Tausend Euro im Erhaltungsprogramm Landesstraßen 2018.

Freuen können sich auch **Herzebrock-Clarholz und Harsewinkel**. Die **L806** wird zwischen Herzebrock-Clarholz und Harsewinkel/Marienfeld ebenfalls saniert. Eingeplant sind Mittel in Höhe von 1,845 Millionen Euro.

Förderung des Ausbaus von Rad- und Fußwegen in Gütersloh: Das Verkehrsministerium Nordrhein-Westfalen hat den ersten Teil des „Förderprogramms Nahmobilität 2018“ vorgestellt. Mit dieser Förderung können neben Fuß- und Radwegen auch Fahrradabstellanlagen und digitale Angebote rund um das Feld der Nahmobilität gefördert werden. 167.700 € gehen nach Gütersloh, mit Zuwendungen wird die Umgestaltung des Geh-/ Radweges an der Sundernstraße unterstützt.

1 Jahr NRW-Koalition - Raphael Tigges MdL Jahresbilanz für den Kreis Gütersloh

Integration und Flüchtlinge

Kommunen in NRW werden bei der Integration von Flüchtlingen um 100 Mio. Euro entlastet

Für die Kommunen im Kreis Gütersloh sieht die finanzielle Entlastung aus den zusätzlichen 100 Mio. € aus Landesmitteln im Einzelnen wie folgt aus:

Gütersloh	581.865 €
Harsewinkel	186.031 €
Herzebrock-Clarholz	118.813 €

Kabinett beschließt Eckpunkte zur Novelle der Abschiebungshaft: Der erhöhte Bedarf an Abschiebehaftplätzen erfordert einen weiteren Ausbau (Erhöhung der Plätze von 35 auf 175) und erhöhte Sicherheitsanforderungen der Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) in Büren. Für (potenziell) gefährliche Personen soll es Einschränkungen geben. Es werden gesetzlichen Befugnisse zur Anordnung von Sanktionsmaßnahmen sowie die gesetzliche Grundlage für eine bewachte Unterbringung von Abschiebehaftlingen im Krankenhaus geschaffen.

Nordrhein-Westfalen liegt bei der Rückkehr Ausreisepflichtiger bundesweit an der Spitze: Jede dritte ausreisepflichtige Person, die Deutschland 2017 verlassen hat oder verlassen musste, kam aus Nordrhein-Westfalen. Wir haben unser internes Rückkehrmanagement verbessert und ausgebaut: Verbesserungen im Bereich der Identifizierungs- und Passersatzpapierverfahren für Marokko und in der Folge ist die Zahl der Abschiebungen aus Nordrhein-Westfalen speziell nach Marokko von 59 im Jahr 2016 auf 315 im Jahr 2017 gestiegen.

Gefährder – Abschiebung nach § 58a Aufenthaltsgesetz: Erste Gefährder wurden bereits nach § 58a Aufenthaltsgesetz abgeschoben. Weitere Gefährder werden nach Paragraph 58a des Aufenthaltsgesetzes abgeschoben. Von den „sehr hohen rechtlichen Hürden“ wird sich das zuständige Ministerium nicht mehr abschrecken lassen.

Es werden fünf weitere Landesbehörden (pro Regierungsbezirk eine) eingerichtet, die das Rückführungsmanagement unterstützen. So sollen den Kommunen mittelfristig nur noch jene Asylsuchenden zugewiesen werden, die dauerhaft in NRW bleiben können. In den Landeseinrichtungen sollen die Aufenthaltszeiten verlängert werden, bis das Asylverfahren abgeschlossen ist.

Geplant ist ferner eine Bundesratsinitiative der NRW-Regierung für ein neues Einwanderungsgesetz.

1 Jahr NRW-Koalition - Raphael Tigges MdL **Jahresbilanz für den Kreis Gütersloh**

KIBIZ

Bei der Reform gilt **Gründlichkeit vor Schnelligkeit**. Aktuell werden Gespräche mit Betroffenen (Träger, Kommunen, Erzieher und vor allem Eltern) geführt.

Das neue KiBiZ hat viel zu leisten: Personalbemessung nach Gruppengröße, Kinder mit besonderem Förderbedarf, den Sozialraum und die Fachkraft- Kind-Relation berücksichtigen, flexible Betreuungszeiten, Inklusions- und Integrationskinder optimal fördern, Freistellungen von Kita-Leitungen für administrative Aufgaben und Elternarbeit schaffen, mehr Wertschätzung der Erzieher und mehr Zeit für die eigentliche pädagogischen Tätigkeiten, bessere Ausbildungsbedingungen uvm. Für die Träger ist bis zur Reform **Finanzierungssicherheit (500 Millionen Soforthilfe für die Kindergartenjahre 2017/2018 und 2018/2019)** gewährleistet worden.

Wirtschaft

Entfesselungspaket I verabschiedet: Mit **weniger Bürokratie** werden die Wirtschaftskräfte in Nordrhein-Westfalen entfesselt, indem unter anderem die Zahl der maximal erlaubten **verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage** auf acht pro Jahr verdoppelt wird, die **«Hygiene-Ampel»** in der Lebensmittelkontrolle **abgeschafft** wird, die **elektronische Gewerbeanmeldung** ermöglicht wird und Vorschriften zur Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfacht werden.

Ein **zweites Entfesselungspaket** mit 23 weiteren Entbürokratisierungsmaßnahmen ist **auf dem Weg**.

Sicherheit

Landesregierung bringt erstes Sicherheitspaket auf den Weg, hier das Wichtigste im Überblick: Einführung Telekommunikationsüberwachung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung, Erweiterung Unterbindungsgewahrsam, Einführung Aufenthalts- und Kontaktverbote, Einführung Elektronische Aufenthaltsüberwachung („Elektronische Fußfessel“), Ausweitung Videobeobachtung, Einführung Polizeiliche Anhalte- und Sichtkontrollen im öffentlichen Verkehrsraum („Strategische Fahndung“), Aufnahme von Distanzelektroimpulsgeräten („Taser“) in den Waffenkatalog des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen.

Mehr Polizei: Die Landesregierung will zusätzliche 1,5 Millionen Euro für mehr Polizisten zur Verfügung stellen— konkret 118 Stellen zur Terrorbekämpfung landesweit. Wir werden ab 2018 bis 2022 neben 500 Verwaltungsangestellten jedes Jahr 2300 Kommissaranwärter einstellen.